

# Arbeitslos 2005: Chancen statt Vorurteile

## Eine Kampagne des Deutschen Caritasverbandes

Wenn es allen Arbeitslosen viel zu gut geht, warum wollen dann nicht alle arbeitslos sein?" Diese Frage zieht sich wie ein roter Faden durch die Kampagne, die der Deutsche Caritasverband zu seinem Jahresthema 2005 gestaltet hat: "Arbeitslos 2005: Chancen statt Vorurteile." Sie erscheint paradox und will provozieren. Und dies nicht ohne Grund. Denn sie greift Vorurteile auf, die in der Bevölkerung weit verbreitet sind. Das Institut für Demoskopie Allensbach hat ermittelt, dass die Bevölkerung zunehmend den Eindruck hat, dass viele Arbeitslose gar nicht arbeiten wollen. 1994 glaubten dies in Westdeutschland 39 Prozent, 2001 waren es schon 66 Prozent. In Ostdeutschland verbreitete sich diese Einschätzung in der Bevölkerung im gleichen Zeitraum von 11 Prozent auf 40 Prozent. "Generell sind zahlreiche Menschen davon überzeugt, dass mit den Sozialleistungen wie etwa Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe und Wohngeld sehr viel Missbrauch getrieben wird. 65 Prozent in Westdeutschland und 48 Prozent der Befragten in Ostdeutschland vermuten eine hohe Missbrauchsrate.

Dieses Meinungsbild ist bereits drei Jahre alt. Ob es sich unter dem Eindruck der aktuellen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt inzwischen verändert hat, lässt sich derzeit nicht sagen. Doch erhält die "Faulheitsdebatte" durch Politik und Medien immer wieder neue Nahrung. Das Wort von der "sozialen Hängematte" macht schon lange die Runde. Und der amtierende Bundeskanzler betonte in einem Interview: "Es gibt kein Recht auf Faulheit". Passend brachte Spiegel-TV seinerzeit einen Bericht mit dem Titel "Drückeberger & Co". - Mehr und mehr orientieren manche Mitbürger ihre Lebensplanung an den sozialen Sicherungssystemen."

Vorurteile entfalten ihre Wirkung und erzeugen eine eigene Art von Realität. Obwohl die Misere auf dem Arbeitsmarkt allgemein bekannt ist, obwohl nachweislich ein sehr hoher Prozentsatz der Arbeitslosen nichts lieber tun würde als arbeiten, obwohl bereits heute ein beträchtlicher Anteil der Erwerbstätigen im Niedriglohnsektor beschäftigt ist, obwohl man weiß, wie belastend sich anhaltende Arbeitslosigkeit nicht nur auf die wirtschaftliche Existenz, sondern auch auf die physische und psychische Gesundheit, auf Beziehungen, das Familienleben, die sozialen Kontakte, den Erhalt beruflicher Qualifikation auswirkt - trotz alledem herrscht in der öffentlichen Meinung und im politischen Diskurs weithin nach wie vor das Bild vom uneingeschränkt leistungsfähigen Arbeitslosen vor, der lediglich auf Grund selbst zu verantwortender Lethargie, mangelnder Flexibilität und unzureichender Mobilität keinen Arbeitsplatz findet.

## Angst schürt Vorurteile

Ist es die Angst, die solche Bilder in der öffentlichen Meinung bestimmt? Die Angst, es könnte auch mich treffen, morgen schon? Angst, die zu Verdrängung und diffamierenden Zuschreibungen gegenüber anderen führt? Erleben wir in Deutschland eine neue Form des Sozialneids - nicht mehr von unten nach oben, sondern horizontal sowie von oben nach unten: Alte gegen Junge, Deutsche gegen Ausländer, wirtschaftlich Abgesicherte gegen Sozialhilfebezieher, Arbeitsplatzbesitzer gegen Arbeitslose - und jeweils umgekehrt? Eine Form des Sozialneids, bei der diejenigen, die noch durch die sozialen Systeme gehalten sind, diese als ihren Besitz betrachten, den sie sorgsam verteidigen, und die argwöhnisch auf diejenigen schauen, die herausgefallen sind und Forderungen stellen, die die eigenen Ansprüche gefährden könnten?

## Arbeitslos 2005

Das Jahr 2005 lässt wohl keine entscheidende Wende auf dem Arbeitsmarkt erwarten, wohl aber eine völlig veränderte Situation für arbeitslose Menschen, deren Ausmaß und Auswirkungen wohl erst nach und nach deutlich werden. Mit dem 1. Januar 2005 tritt das neue Sozialgesetzbuch II - nach

seinem geistigen Urheber auch Hartz IV genannt - in Kraft. Langzeitarbeitslose werden ebenso Sozialhilfeempfänger ab diesem Zeitpunkt ein so genanntes Arbeitslosengeld II beziehen - nach einem Jahr Arbeitslosigkeit die Jüngeren, nach eineinhalb Jahren die über Fünfundfünfzigjährigen. Knapp viereinhalb Millionen Menschen werden nach vorsichtigen Berechnungen davon betroffen sein. Dieses wird in einer Höhe ausbezahlt werden, die noch unter dem Niveau der bisherigen Arbeitslosenhilfe liegt. Mochte man schon bislang Zweifel hegen, ob die Sozialhilfe eine ausreichende Existenzsicherung darstellte, so muss man sich angesichts der künftigen schleichenden Aushöhlung des Existenzminimums erst recht fragen, ob dies noch dem Geist entspricht, der das Bundessozialhilfegesetz - eine der größten Errungenschaften der deutschen Sozialstaatsgeschichte einst geleitet hatte: auch Menschen in sozial benachteiligten Situationen ein Leben zu ermöglichen, das sie an den sozialen und kulturellen Standards der Gesellschaft teilhaben lässt und als menschenwürdig bezeichnet werden kann.

Dass angesichts der demographischen Entwicklung und der wirtschaftlichen Situation in Deutschland die sozialen Sicherungssysteme auf eine neue Basis gestellt werden müssen, wird von niemandem bestritten. Kontrovers bleiben die Meinungen über die künftige Ausgestaltung. Gewiss - Hartz IV (bleiben wir bei dieser Chiffre) erfüllt durch die Zusammenlegung und den Bezug von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe aus einer Hand eine seit langem erhobene Forderung auch des Deutschen Caritasverbandes. "Verschiebebahnhöfe", in denen die Betroffenen von einer Zuständigkeit zur anderen verwiesen worden waren, soll es künftig nicht mehr geben. Ebenso sollen auch die Sozialhilfeempfänger von einst Zugang zu Förder- und Qualifizierungsmöglichkeiten erhalten, die bislang Leistungsempfängern nach dem Arbeitsförderungsgesetz vorbehalten waren. Dass die künftig konsequent umzusetzende Verpflichtung für jeden Langzeitarbeitslosen, jede zumutbare und legale Tätigkeit oder zusätzlich für jeden zu schaffende Arbeitsgelegenheiten anzunehmen - auch dies weist positiv zu bewertende Aspekte auf: Schwarzarbeit kann zurück gedrängt werden, für viele Menschen kann die Aufnahme einer Tätigkeit von öffentlichem Interesse eine hilfreiche Strukturierung seines Alltags bedeuten, in vielen Fällen vielleicht - auch die Stärkung ihres Selbstwertgefühls. Ob man allerdings - wie dies manche Kommentatoren tun - eindeutig davon sprechen kann, dass den Menschen Verantwortung zurück gegeben werde, die ihnen der Staat bislang abgenommen hatte, oder ob Druck nicht auch kontraproduktiv wirken und Initiative verhindern kann, darüber muss man zumindest diskutieren. Ambivalent ist auch die Absicht des Gesetzgebers, auch die niedrigen Transferleistungen noch zu kürzen oder gar ganz zu streichen, sofern solche Arbeitsgelegenheiten nicht angenommen werden. Auch dies mag manchen stärker als bislang zu eigener Aktivität anspornen, gewiss. Aber was ist mit Menschen, die dies gar nicht können - weil sie zum Beispiel unter Suchtproblemen leiden, weil sie psychisch belastet sind oder weil sie auf Grund langer Arbeitslosigkeit oder anderer desolate Lebensumstände resigniert und die Fähigkeit verlernt (oder noch gar nie erworben) haben, sich und ihr Leben eigenverantwortlich zu gestalten? Und werden diese Menschen künftig den Bestand einer neuen Armutsbevölkerung ausmachen, die es in diesem Ausmaß in der alten und neuen Bundesrepublik Deutschland bislang nicht gegeben hat? Hat man sich bereits im Vorfeld mit den fatalen Schicksalen und mit den sozialen Verwerfungen abgefunden, die sich daraus ergeben können?

Wer wird betroffen sein? Es klingt hart, aber es ist so: Es kann jeden treffen, auch einen Personenkreis, der bislang berufstätig war und durch den Konkurs seines Betriebs, durch die Verlagerung von Produktionsstätten ins Ausland oder durch andere Umstände unversehens seinen Arbeitsplatz verliert: Wenn man in der falschen Region in der falschen Branche tätig ist; wenn man auf Grund familiärer Umstände seinen Lebensmittelpunkt nicht verändern kann, wenn man das Pech hat, zu alt zu sein, um wieder eine Anstellung zu finden; wenn man die falsche Ausbildung oder das falsche Studium gewählt hat; wenn man - oft falsch beraten - Weiterbildung um Weiterbildung absolviert hat, um am Ende nicht zu alt, sondern auch überqualifiziert zu sein oder und dann doch dauerhaft in der Arbeitslosigkeit zu enden. Es gibt viele Möglichkeiten.

Es gibt besondere Problemgruppen. Zu ihnen gehören ohne Zweifel Personen ohne Berufsausbildung. Dazu einige Zahlen: Bei den Personen ohne berufliche Qualifizierung liegt heute nach aktuellen Berechnungen die Arbeitslosenquote bei zwanzig bis fünfundzwanzig Prozent. Geht man von einem breiten Ansatz von Arbeitslosigkeit aus und rechnet zu den amtlich registrierten Arbeitslosen auch

Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Maßnahmen der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik sowie erwerbsfähige Bezieherinnen und Bezieher von Sozialhilfe hinzu, so kommt man bei einer Gesamtzahl von rund fünf Millionen Arbeitslosen auf einen Anteil von weit über die Hälfte gering Qualifizierter. Bei Ausländern liegt die entsprechende Quote bei 73 Prozent gegenüber 32 Prozent in der Gesamtbevölkerung. Heute verlassen etwas über acht Prozent der deutschen Jugendlichen ohne Abschluss die Schule, bei den ausländischen Jugendlichen liegt dieser Anteil bei 19,5 Prozent.

Dass diesen jungen Menschen von vorn herein eine Zukunft in sozialer Ausgrenzung droht, liegt auf der Hand. Unter sozialetischen Gesichtspunkten stellt sich hier ein massives Gerechtigkeitsproblem. Es geht um "Beteiligungsgerechtigkeit", also um reale Chancen beim Zugang zu den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Ressourcen der Gesellschaft; und es geht um "Befähigungsgerechtigkeit", die jungen Menschen überhaupt erst Möglichkeiten eröffnet, sich in einer Weise zu entwickeln, die ihren persönlichen Voraussetzungen und ihrer Eigenverantwortung entspricht.

Fordern und fördern" heißt - griffig formuliert - die politische Maxime, unter denen die neuen Gesetze stehen. Es muss sich erst noch erweisen, ob die Förderung nicht hinter den Forderungen zurück bleibt. Ob nicht angesichts der immensen Probleme alle Kräfte darauf konzentriert werden, leicht vermittelbare Arbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren, was bedeutet, dass die schwer Vermittelbaren dem Schicksal einer prekären Existenz überlassen werden. Ob nicht die neuen gesetzlichen Instrumente mehr zur Repression als zur Motivierung und Unterstützung eingesetzt werden. Und ob nicht dadurch die Vorurteile noch genährt werden, Arbeitslose trügen selbst Schuld an ihrer Situation, seien in erster Linie Täter und nicht viel mehr Opfer.

### **Chancen statt Vorurteile?**

Die Chance, auf die die allermeisten Arbeitslosen hoffen, ist Arbeit, mit der sie sich und ihren Familien ein Leben ermöglichen können, das sozial gesichert ist und gesellschaftliches Ansehen genießt. Deshalb muss die zentrale Forderung an alle im Arbeitsmarkt relevanten Akteure darin bestehen, Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu schaffen und alle nur mögliche Kreativität darauf zu verwenden. Der so genannte zweite Arbeitsmarkt darf nicht zum Auslaufmodell geraten, sondern muss gefördert werden, damit auch leistungsgeminderte Personen oder Menschen mit geringen Vermittlungschancen Möglichkeiten einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit geboten werden. Welche Hoffnungen und welche Stärkung ihres Lebens dies für Betroffene bedeutet, zeigen die Erfahrungen, die die Mitarbeitenden der mehr als 400 Einrichtungen machen, die in der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft "IDA - Integration durch Arbeit" im Deutschen Caritasverband zusammenarbeiten und mehr als 15.000 Menschen in differenzierter Weise beschäftigen, qualifizieren, in den ersten Arbeitsmarkt vermitteln und in sozialen Problemlagen beraten.

Nun sind entsprechende Forderungen leichter gestellt als erfüllt. Aller Voraussicht nach wird sich in absehbarer Zeit kein wirtschaftlicher Aufschwung einstellen, der sich spürbar entlastend auf den Arbeitsmarkt auswirkt. Gewinne werden weiterhin mit Rationalisierungen korrespondieren. Die Ausweitung des europäischen Binnenmarktes wird zur Migration der Arbeitsplätze und des Kapitals das Ihre beitragen, und die Globalisierung - häufig von denselben als Begründung herangezogen, die sie am aktivsten betreiben und am meisten von ihr profitieren - wird sich nicht mehr umkehren lassen. Eine systemische Betrachtungsweise verbietet einseitige und zumeist naive Lösungsvorschläge.

### **Arbeit einmal anders denken**

Ist unser Begriff von Arbeit nicht all zu sehr von der Erwerbsarbeit geprägt? Gibt es nicht sehr viel Arbeit im Sinne eines wertvollen Beitrags zum Gelingen des Gemeinwesens, die sich nicht in die Kategorien bezahlter Erwerbsarbeit einfügen lässt. Welche Rolle spielt in einer solchen Gesamtbetrachtung die Erziehungs- und Familienarbeit, welche Bedeutung wird freiwilliger, ehrenamtlich Tätigkeit im sozialen Bereich, in der Kultur, im Umweltschutz, im Sport beigemessen? Welchen "Wert" haben solche Tätigkeiten - in der gesamtgesellschaftlichen "Wert"-Schöpfung, in der öffentlichen Anerkennung,



in einer politischen Würdigung, die sich nicht in Sonntagsreden erschöpft, sondern in einer verbesserten sozialen und wirtschaftlichen Aufwertung niederschlägt? Welche Wirkungen würde die verstärkte Schaffung eines Niedriglohnsektors zeitigen, der durch die öffentliche Hand anteilig subventioniert wird? Würde er nicht vielen gering Qualifizierten, aber auch Menschen nach Lebenskrisen oder mit psychischen Belastungen die Möglichkeit geben, einer bezahlten Tätigkeit nachzugehen, die ihnen Auskommen und Ansehen gibt? Die ihnen die Integration erleichtert? Hätten nicht auch die Verbände und Einrichtungen der Caritas die Aufgabe, gerade solchen leistungsgeminderten Menschen wieder neue Chancen zu geben, anstatt die entsprechenden Arbeitsplätze mehr und mehr auszugliedern und Menschen, die ihrer besonderen Verantwortung bedürfen, die Tür zu weisen? Andererseits: würde dies die Probleme der älteren, qualifizierten Arbeitslosen lösen? Und würde ein solcher Lösungsansatz nicht einerseits vielleicht das Angebot an Arbeitskräften verbessern, die Nachfrage seitens der Arbeitgeber aber kaum steigern helfen?

### **Was ist zumutbare Arbeit?**

Was ist "zumutbare" Arbeit? Oder müsste die Frage nicht besser lauten: Was ist "gute" Arbeit? Eine Arbeit, die nicht nur "im öffentlichen Interesse" liegt, sondern die den Fähigkeiten der Betroffenen entspricht und ihnen ermöglicht, in ihrem Tätigsein Sinn, Befriedigung, Selbstachtung zu finden? Gewiss ist diese Frage grundsätzlich mit dem Berufsleben verbunden. Das Glück, in ihrer Erwerbstätigkeit auch persönliche Befriedigung zu erfahren, ist keinesfalls allen gegeben, auch wenn sie im regulären Arbeitsmarkt ihr Auskommen finden. Dennoch lässt die Diskussion um "zumutbare" Arbeit gerade für Langzeitarbeitslose und gering Qualifizierte den Aspekt vermissen, dass Menschen nicht nach ihren Defiziten definiert werden dürfen, sondern dass jedem Mensch grundsätzlich Fähigkeiten und Ressourcen zuzusprechen sind, die für das Gemeinwesen wertvoll sein können. Wie weit reicht die Bereitschaft, solche Fähigkeiten wahrzunehmen und zu fördern? Wie weit sind wir in unseren leistungsbezogenen Betrachtungsweisen von einem solchen wertschätzenden Menschenbild entfernt?

Vielleicht ist eine solche Sicht des Menschen der wichtigste Aspekt einer Initiative der Caritas und anderer Wohlfahrtsverbände, Menschen, die nach Harz IV Arbeitslosengeld II beziehen werden und zur Annahme einer Tätigkeit verpflichtet sind, Arbeitsmöglichkeiten im sozialen Bereich anzubieten - nicht in erster Linie unter dem Gesichtspunkt des Bedarfs und des "öffentlichen Interesses", sondern in der Absicht, den Betroffenen eine Wahlmöglichkeit für Aufgaben zu schaffen, die ihrem Leben trotz aller belastenden Umstände Sinn und Befriedigung geben können. Verbunden auch mit der Selbstverpflichtung der Verbände und Einrichtungen, für Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten zu sorgen und so die Chancen der nach diesem Modell Beschäftigten zu verbessern, sich (wieder) in den regulären Arbeitsmarkt zu integrieren. Verbunden auch mit dem Angebot einer qualifizierten psychosozialen Begleitung, um die Menschen dort zu stärken und zu unterstützen, wo deren eigenen Kräfte nicht ausreichen. Das kann die Probleme nicht vergessen machen: die Gefahr zweier Klassen von arbeitenden Menschen; die Perspektive des "working poor", die Menschen trotz täglicher Arbeit arm bleiben und immer ärmer werden lässt; die oft demütigende Situation qualifizierter älterer Menschen ohne regulären, sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz.

### **Die Gesellschaft von morgen?**

Was bei allen Überlegungen und Lösungsansätzen als bedrückende Frage stehen bleibt: Wie wird das künftige Bild unserer Gesellschaft aussehen? Und welche Gesellschaft wollen wir und müssen sie deshalb mit allen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu gestalten versuchen? Finden wir uns mit der Zukunftsperspektive einer gespaltenen Gesellschaft ab, deren einer Teil auch weiterhin auf hohem Niveau an ihren wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Standards teilhat, während ein anderer, anwachsender Teil sich als "Gesellschaft zweiter Klasse" verfestigt, in Kauf genommen, nicht selten diffamiert? Welche sozialen Verwerfungen kommen auf uns zu?

### **Der soziale Friede ist in Gefahr**



Es ist zu einfach, ausschließlich an die Politik zu appellieren. An jeden richtet sich die Frage, welche persönlichen Möglichkeiten er sieht, einen Beitrag zur Lösung der Probleme zu leisten. Allerdings würde eine einseitige Individualisierung der Verantwortung dem Ernst der Fragen nicht gerecht. Es muss auch erlaubt sein, darauf hinzuweisen, dass der im Grundgesetz verankerte Sozialstaat nicht gerade dann seinen Offenbarungseid leisten und zum Unwort verkommen darf, wo immer mehr Menschen auf seine Leistungsfähigkeit angewiesen sind. "Wie erklärt man jemandem", fragt ein ehemaliger Betriebsrat, dessen Firma den Betrieb eingestellt hat, "der nach 40 Jahren Berufsleben ohne eigenes Verschulden in einem Alter von 55 Jahren arbeitslos wird, dass er nach dem Bezug des Arbeitslosengeldes vom Sozialstaat nichts mehr zu erwarten hat?"

Der soziale Friede - um diesen geht es letztlich - ist ein hohes Gut. Ihn zu wahren stellt eine Herausforderung an die Gesellschaft insgesamt dar, an ihre Fähigkeit zur Solidarität, auch an die elementare Bereitschaft, mit dem anderen Menschen mitzufühlen und ihn nicht im Stich zu lassen. Das heißt aber auch, dass man Unmoral beim Namen nennen muss, auch wenn sie sich mit den Begründungen wirtschaftlicher Rationalität umgibt. Dazu gehört es, wenn eine exzessive Shareholder-Mentalität alle anderen Maßstäbe außer Kraft setzt, wenn die Gewinnmaximierung weltweit operierender Konzerne an oberster Stelle steht und jede Form von Rationalisierung und Produktionsverlagerung zu rechtfertigen scheint, wenn dem Staat Steuern in größtem Umfang vorenthalten werden, auf die er zur Lösung seiner Aufgaben dringend angewiesen wäre, wenn die Einkommens- und Vermögensspreizung unsere Vorstellungen sprengt. Eine Diskussion um Verteilungsgerechtigkeit darf nicht tabu sein. Die Caritas muss sie führen, wenn sie ihrem im Leitbild verankerten Anspruch gerecht werden will, "einen Beitrag zum Frieden in der Gesellschaft" zu leisten und "Tendenzen der Entsolidarisierung" entgegen zu wirken.

Nach: Dr. Thomas Broch, Deutscher Caritasverband, 2005

*Der vollständige Text kann von der folgenden Internetseite abgerufen werden:*

<http://www.caritas.de/13600.html>

*Bitte berücksichtigen Sie, dass ältere Links evt. keine Verbindung mehr zu angegebenen Seiten herstellen.*

